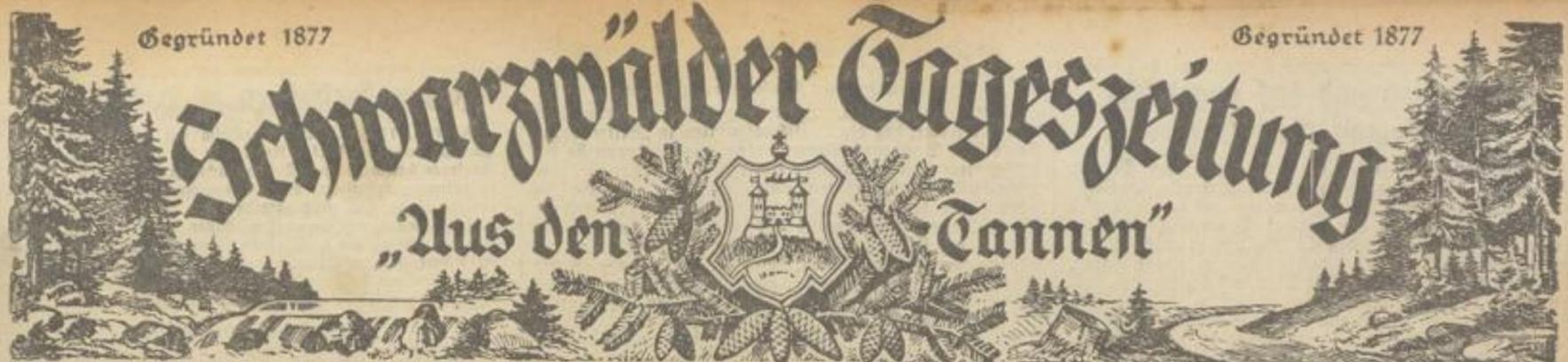


Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Druck- und Verlagsanstalt: Nagold, Calw u. Freudenstadt. Preis: 1.40 M. pro Quartal. Einzelnummer 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt ob. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Postfach-Nr. Stuttgart 5780. Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“/Telef. 11.

Nummer 160

Altensteig, Dienstag den 12. Juli 1932

55. Jahrgang

Die Arbeiten des Kabinetts

Der Außenminister wieder in Berlin

Berlin, 11. Juli. Wie wir erfahren, ist nun auch Reichsaußenminister Freiherr von Neurath wieder in Berlin eingetroffen. Er war bekanntlich von Lausanne zunächst nach Genf gefahren, um an der Tagung des Völkerbundesrates teilzunehmen, die die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten sollte. Diese Tagung ist aber verschoben worden, und so konnte der Reichsaußenminister bereits heute nachmittags an einer Sitzung des Reichskabinetts teilnehmen. Die nächste Kabinettsitzung findet morgen nachmittags statt, und zwar beginnt damit die Beratung des Aufbauprogramms. Sie wird auch von den Ministern bis zur Abreise des Kanzlers nach Neudorf fortgeführt und sogleich nach seiner Rückkehr wieder aufgenommen werden. Es ist selbstverständlich, daß der Kanzler den Reichspräsidenten neben der Berichtstattung über Lausanne auch bereits in großen Zügen über die Pläne der Reichsregierung unterrichten wird. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Arbeiten des Reichskabinetts so gefördert werden können, daß noch im Laufe dieses Monats — also vor den Wahlen — die neue Notverordnung mit dem Aufbauprogramm erlassen wird. Die Hauptvorlagen sind bereits ausgearbeitet, so daß das Kabinett am morgigen Dienstag sofort in die praktische Beratung eintreten kann. Kommen die Dinge in dieser Art vorwärts, dann werden die Ministerien bereits im August an die Durchführung der neuen Maßnahmen gehen können. Dabei handelt es sich vor allem um drei große Fragentypen:

1. Eine Arbeitsdienstpflicht, die, wie sich schon aus dieser Bezeichnung ergibt, über den Charakter des freiwilligen Arbeitsdienstes hinausgeht und die sich damit den Auffassungen und Wünschen der Rechte zu diesem Problem näher nähert.
2. die Heranziehung und Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen in sportlichem Sinne, und
3. die Siedlung, für die jetzt das Reichsernährungsministerium federführend ist.

Aus dem ganzen ergibt sich, daß auch der Rest des Monats für die Reichsregierung überaus arbeitsreich werden wird. Im August werden der Kanzler und ein Teil der Minister dann zunächst für kurze Zeit in Urlaub gehen können, um sich für die Aufgaben vorzubereiten, die nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages von Ende August ab an sie herangetragen werden.

Lausanner Vertrag und die B33.

Konferenz der Notenbankleiter in Basel

Basel, 11. Juli. Am 10. Juli trat am Sonntag die Konferenz der europäischen Notenbanken zu einer bedeutungsvollen Sitzung zusammen, die vom Präsidenten Mr. Carrat geleitet wurde. Hauptgegenstand der Aussprache bildete das Lausanner Abkommen. In einem Begleitbrief wird die Zeitung der B33 gefragt, ob sie bereit sei, die sich ergebenden neuen Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Alle Notenbankleiter äußerten sich zu diesem Punkt zustimmend. Die Lausanner Konferenz wurde von ihnen als eine erste Etappe auf dem Wege zum allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau bezeichnet. Am Dienstag werden in Basel die Verhandlungen über die zur Sicherung des Zinsdienstes aus der Dawes- und Young-Anleihe neu zu schaffenden Garantien aufgenommen werden. Die Verhandlungen sind durch das Verschwinden des Youngplanes notwendig geworden und auch im zweiten Anhang des Lausanner Abkommens vorgesehen. Außer diesen Fragen wurde auch der Stand der 20 Millionen Schillinganleihe Österreichs, der 20 Millionen Dollar-Anleihe Ungarns und der eine Million Dollar-Anleihe Jugoslawiens besprochen.

Entschliebung für Aufrechterhaltung des Goldstandards

Basel, 11. Juli. Der Verwaltungsrat der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich hat seine 23. Sitzung abgehalten, auf der Deutschland durch Reichsbankpräsident Dr. Lutz, Dr. Reichler, Generaldirektor Reich und Geheimrat Oberfinanzrat Dr. Bode vertreten war. Das wichtigste Ergebnis der Beratung ist die Annahme einer Entschliebung, die sich mit der Wiederherstellung der Goldwährung befaßt und in gewisser Hinsicht eine Fortsetzung der Lausanner Beschlüsse darstellt. Die Vertreter der Bank von England haben dieser Entschliebung zugestimmt. Des Weiteren hat der Verwaltungsrat von den Beschlüssen der Lausanner Konferenz genommen und sich zur Übernahme der in der Schlussakte der Lausanner Konferenz vorgesehenen Aufgaben durch die B33, bereit erklärt. Der Präsident des Verwaltungsrates hat alle hierzu erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Schließlich hat der Verwaltungsrat die Anteile der B33 an den in diesem Monat fälligen drei Krediten für die Oesterreichische Nationalbank, die Ungarische Nationalbank und die Jugoslawische Nationalbank für je drei Monate verlängert.

von Papen über das Ergebnis von Lausanne

Der Empfang der deutschen Presse in Berlin

Berlin, 11. Juli. Bei dem Empfang der deutschen Presse verbreitete Reichkanzler von Papen sich noch einmal ausführlich über Einzelheiten der Lausanner Konferenz. Mit allem Nachdruck unterstrich der Kanzler seinen grundsätzlichen Standpunkt, daß die Entscheidung über eine endgültige Regelung der Reparationsfrage oder ein Scheitern derselben mit allen seinen Folgen einer weiteren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und damit einer weiteren Einengung der Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes niemals von innerpolitischen Erwägungen aus getroffen werden könnten. Dafür konnten vielmehr nur Erwägungen maßgebend sein, die die Gesamtlage des deutschen Volkes betreffen. „Es ist nicht so gemein“, fuhr der Reichkanzler fort, „wie das die deutsche Öffentlichkeit in weitem Maße angenommen hat, als ob wir etwa 100 Meter vor dem Ziele einer Lösung ständen, die einem glatten Strich durch unsere doch erst vor zwei Jahren feierlich abgegebene Unterzeichnung zur Leistung von über 35 Milliarden mit einer jährlichen Zahlung von fast 2 Milliarden bedeuteten. Gewiß haben die Tatsachen ergeben, daß dieser vor erst zwei Jahren von uns unterschriebene Vertrag unerfüllbar ist. Aber ebenso wenig wie wir mit einem einseitigen Akte die von früheren Regierungen seit 1918 abgegebenen Unterzeichnungen auslösen können, ebenso wenig war dies mit den feierlichen Verpflichtungen möglich, die von den damals regierenden Parteien im Namen des deutschen Volkes eingegangen sind. Die heutige Regierung hätte einfach eine Pause zu liquidieren, die von allen früheren Regierungen seit der Unterzeichnung unter den Versailles-Vertrag geschaffen worden ist. Die Frage, ob diese Pause dadurch liquidiert werden kann, daß Deutschland die Gültigkeit seiner Unterzeichnung in Abrede stellt und sich damit gleichsam außerhalb der für Kultur- und Rechtsstaaten geltenden Normen stellt, muß ich mit einem glatten Nein beantworten.“

Also blieb für ein großes Volk von Weltachtung nur der Weg von Verhandlungen auf Grund festgestellter Gegebenheiten. Wir glauben, daß wir auf diesem Wege ein Resultat erzielt haben, das allerdings einen sehr großen Fortschritt bedeutet.

Der Pakt von Lausanne bedeutet das völlige Ende des Systems der Reparationen, der einseitigen Zahlungen ohne Gegenwert; die Abschaffung der großen Gefahr des Transfers — diese bleibt für private Verpflichtungen noch bestehen — bedeutet die Beendigung eines Systems, welches die Weltwirtschaft in ein ungeheures Chaos gestürzt hat.“ Der Reichkanzler unterstrich weiter, daß die Durchführung der Lösung von Lausanne eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und der Welt geradezu zur Voraussetzung hat. Nach dem Urteil der Sachleute sei es höchst zweifelhaft, ob es gelingen werde, die Bonds im Betrage von 3 Milliarden zu den vorgeschlagenen Bedingungen in dem vorgesehene Zeitraum von zwölf Jahren auf den Weltmarkt unterzubringen. Wenn das aber doch gelingen sollte, so bedeutet das, daß Deutschland sein finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht in jeder Beziehung völlig wiedergewonnen hat.

Weiter wies der Reichkanzler darauf hin, daß mit dem Youngplan auch das viel erörterte Kapitel gefallen ist, das sich mit der Sanktionsfrage befaßt. Wäre es in Lausanne zu einem Mißerfolg gekommen, so hätten wir doch die Verpflichtung aus dem Hooverjahr abzuhängen gehabt, und zwar zehn Jahre lang 190 Millionen. Diese gesetzliche Verpflichtung wäre bei einem Scheitern der Konferenz ohne weiteres in Kraft getreten. Weiter sei nicht zu übersehen, daß dem Reich mit der Beendigung des Reparationsystems die volle Souveränität über die Reichsbahn und die Reichsbank wiedergegeben wird. Hinsichtlich der noch zu treffenden Bestimmungen über die den Besitzern der Younganleihe vertraglich bereitgestellten Sicherungen werden sich die Treuhänder dieser Anleihe und die deutsche Regierung bezüglich der notwendigen Vereinbarungen noch auseinandersetzen.

Von den finanziellen Fragen kam der Reichkanzler auch auf die politischen Forderungen zu sprechen, deren Verwirklichung mit dem Reparationsproblem man der deutschen Delegation vorgeworfen habe. Hierzu stellte Reichkanzler von Papen fest: „Wäre es möglich gewesen, bei der letzten internationalen Konferenz, die sich mit der endgültigen Beseitigung des Systems der Reparationen befaßt, nicht auch zugleich die Frage anzuschneiden, die die moralische Voraussetzung unserer ehemaligen Forderungen für die Aufhebung der ganzen Tributbelastung und Diskrimination für Deutschland gewesen ist? Es ist doch selbstverständlich, daß mit den Reparationen auch ihre moralische Forderung beseitigt werden muß. Auch jede anders zusammengefaßte deutsche Delegation hätte einen solchen Versuch machen müssen. Dabei bin ich selbstverständlich mit Ihnen der Ansicht, daß die Kriegsschuldfrage als solche von der historischen Forschung bereits so weit vorangetrieben ist, daß sie für uns in absolut positivem Sinne entschieden ist. An sich wäre eine Beseitigung des Artikels 231 nur mit einem völligen Widerruf der Mächte von Ver-

lattes möglich. Aber es wäre doch ein weiterer Schritt in der Fortnahme der Diskrimination gewesen, wenn der Artikel 231, wie uns von einem Teil der Länder zugesagt worden war, mit Teil 8 als gestrichen zu betrachten wäre. Man weiß, welche Hindernisse dieser Möglichkeit in letzter Stunde entgegensteht worden sind. Für uns ist mit dem Fortfall des Teiles 8 auch dieser Artikel gestrichen. Aber es ist in Lausanne doch auch erreicht worden, daß eine der großen Mächte, mit denen wir verhandelt haben, wiederholt und unmißverständlich die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt hat. Wenn ich jetzt nicht in der Lage bin, fuhr Herr von Papen wörtlich fort, den Inhalt meiner Besprechung mit dem englischen Premierminister der Öffentlichkeit preiszugeben, so werden Sie doch vielleicht aus meiner Schlußrede und meinem Appell an die Adresse Frankreichs ersehen haben, wie weit in der Tat die Erkenntnis und der Wille fortgeschritten sind, die deutsche Diskrimination auszuräumen. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit in dieser Beziehung auf den Satz der Rede MacDonalds, worin er darauf hinweist, daß alle Völker bestrebt sein müssen, zu solchen politischen und moralischen Bedingungen zu kommen, die das politische Kapitel des Krieges für Deutschland und Europa endgültig abschließen. Der Kanzler gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß auf Grund dieser Annäherung auch auf dem Gebiete der Gleichheit der Rechte in der Wehrtrase in Genf Resultate erzielt werden können, die im Interesse der deutschen Nation unter allen Umständen erzielt werden müssen. Es sei klar, daß das Ergebnis von Lausanne, das in der Presse der Welt als ein Strich unter das Kapitel des Krieges und als Beginn einer neuen Ära anerkannt wird, in Deutschland durch die politischen Bedürfnisse des Wahlkampfes fast verzerrt wird.

Der Kanzler schloß seine Ausführungen folgendermaßen: „Wir werden abwarten, welche Wirkung die Beseitigung des Reparationsystems auf die Besserung der Weltwirtschaftslage ausüben wird. Wir können heute nur abschätzen, inwieweit dieses Ergebnis der Besserung der deutschen Lage, der Wiederherstellung unseres Kredits und, was doch nie zu übersehen ist, der Aufrechterhaltung der Währung, die nur dem Gesamtinteresse der Weltwirtschaft dienen wird, möglich ist.“

Darüber hinaus hat dieser Pakt unsere Beziehungen zu den anderen großen Nationen in erheblichem Maße verbessert. Von dem Waise, in dem diese Dinge sich in der aller nächsten Zukunft auswirken werden, unterstützt von Maßnahmen, die die Reichsregierung nun im Innern unverzüglich und von sich aus ergreifen wird, um das moralische Ergebnis des Lausanner Vertrages auf die Elemente der deutschen Wirtschaft zu übertragen, wird es abhängen, ob unsere Unterzeichnung im Interesse des deutschen Volkes richtig gewesen ist oder nicht. Das Reichskabinett ist einstimmig der Ansicht, daß kein anderer Weg von uns hat beschritten werden können.“

Das Reichskabinett und Lausanne

Berlin, 11. Juli. In der heutigen Kabinettsitzung erstattete der Reichskanzler einen eingehenden Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz von Lausanne. Der Reichsminister des Innern sprach im Namen der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder des Reichskabinetts dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern der Delegation den herzlichsten Dank für die geleistete Arbeit aus. Die anschließende Beratung ergab die völlige Einstimmigkeit des Reichskabinetts.

Churchill greift die Lausanner Regelung an

London, 11. Juli. Im Verlaufe der Unterhausdebatte erklärte Churchill, er könne sich nicht der Zustimmung seines Vorgesetzten von der Arbeiteropposition zur Lausanner Regelung anschließen und auch nicht dem ansehenden Jubel, den dieses Ergebnis verursacht habe. Churchill begrüßte die Beschlüsse der Konferenz nicht, da er anscheinend in den Räten Europas ausgeübt habe, fuhr aber fort, es scheine ihm, daß es Deutschland sei, das man am meisten von allen zu dem, was Lausanner habe, beklammern möchte. Innerhalb weniger als 15 Jahren nach dem Weltkriege, betonte Churchill, ist Deutschland völlig befreit worden von allen Lasten, die kurzlebigen Besetzungen wieder aufzulegen, die es seinen Nachbarn aufzulegen hat. Deutschland müsse zwar 3 Milliarden zahlen, aber Hitler habe gesagt, daß sie in einigen Monaten nicht mehr als 3 Mark wert sein werden. Dies, so sagte Churchill, sei eine sehr scharfe Erklärung. Die Anleihen, die England und die Vereinigten Staaten nach dem Kriege in Deutschland hineingeschüttet hätten, überließen bei weitem die Reparationssumme, die Deutschland gezahlt habe. Churchill erinnerte daran, daß unter dem Friedensvertrag drei große Dampfer von Deutschland ausgehändigt wurden und dann habe Deutschland Geld geborgt und drei viel bessere gebaut, und diese hätten sofort das Blaue Band des Atlantischen Ozeans errungen. Die Anleihen, mit denen sie aber gebaut wurden, seien einem Moratorium unterworfen, während die Engländer andererseits nicht in der Lage seien, den neuen Cunard-Dampfer zu vollenden, weil sie nicht das Geld erhalten können.



Washington und das angebliche Gentleman Agreement

Washington, 11. Juli. Die Lauanner und Pariser Meldungen, daß trotz aller bisherigen Dementis ein Gentleman Agreement doch bestehe, erregten hier sehr lebhaften Unwillen und wurden von einigen Parlamentariern als Beweis dafür bezeichnet, daß sich Europa zu einem gigantischen Schwindel auf Kosten Amerikas vereinigt habe. Das New Yorker Blatt „Herald Tribune“ brachte den vollen Text des geheimen Abkommens und meldete, daß Reichsminister von Papen eine Abschrift erhalten habe, so wie daß er offenbar damit einverstanden sei, daß das Lauanner Abkommen nicht in Kraft trete, ehe sich die amerikanische Regierung zu entsprechenden Kürzungen der alliierten Schulden bereit erklärt habe. Dies rief Bestürzung auch in amtlichen Kreisen hervor, einmal, weil die bisherigen Nachrichten stets betonten, daß die Reichsregierung eine Verbindung von Kriegsschulden und Reparationen strikt ablehne, zweitens weil der durch diese Meldungen hier hervorgerufene sehr schlechte Eindruck die Möglichkeiten einer wirklichen Zusammenarbeit mit Europa gerade in dem Augenblick gefährdet, in dem man glaubte, durch die Lösung der Reparationsfrage endlich freie Bahn für eine Beruhigung und die Revision der Kriegsschulden gewonnen zu haben.

Außenminister Stimson beschränkte sich in seinem offiziellen Kommentar auf drei Feststellungen:

1. Die Regierung hat keine offizielle Kenntnis von Gentleman Agreement.
2. kein fremder Diplomat hat die Regierung diesbezüglich sondiert.
3. kein Vertreter der amerikanischen Regierung hat an den Beratungen über das Gentleman Agreement teilgenommen.

Deutschland hat mit irgendwelchen, etwaigen Abmachungen zwischen England, Frankreich oder anderen Mächten nicht das geringste zu tun, es hat vielmehr von vornherein und während der ganzen Dauer der Konferenz aufs entschiedenste abgelehnt, irgend eine Beziehung zwischen dem Pakt von Lauanne und den interalliierten Schulden gegenüber Amerika herzustellen, oder sich in eine Frontbildung irgend einer Art gegen die Vereinigten Staaten hineinziehen zu lassen.

Selbstverständlich hat ein solches Abkommen deshalb auch der deutschen Delegation nicht vorgelegen.

Die Hitlerpartei gegen die Regierung Papen

Berlin, 10. Juli. Der Gau Groß-Berlin der nationalsozialistischen Partei veranstaltete am Samstag im Volkspark einen Kundgebungsmarsch. Eine riesige Menschenmenge füllte den weiten Platz zwischen Schloss, Dom und Museum und hielt auch noch die Jungengürtel nicht dicht. Die SA-Abteilungen marschierten in acht Kolonnen geschlossen aus den verschiedenen Stadtteilen an und nahmen mit umflossenen Standarten und Fahnen Aufstellung. Jungmänner mit Hakenkreuzabzeichen überlagerten den Kundgebung mehr Teilnehmer anwesend gewesen seien als beim Aufmarsch der „Eisernen Front“. Nach nationalsozialistischen Schätzungen haben rund 200.000 Personen an der Kundgebung teilgenommen, darunter 25.000 SA-Leute. Nachdem die Kapellen nationalsozialistischer Kampfbänder und das Deutschlandlied gespielt hatten, sprachen von der Schloßterrasse aus der Berliner SA-Führer Graf Helldorf und der Gauleiter Dr. Göbbels.

Graf Helldorf hielt eine scharfe Anklage gegen die Reichsregierung. Er erklärte: Als das Kabinett Brüning durch die Regierung Papen ersetzt wurde, wurden diesem neuen Kurs von beiden Seiten Vertrauensumgebungen entgegengebracht. Wir Nationalsozialisten haben von vornherein erklärt, daß wir die neue Regierung nach ihren Taten beurteilen würden. Jetzt halten wir den Tag für gekommen, um zu sagen, was wir für richtig halten. Reichsminister von Papen hat in unbegreiflicher Schwäche in Lauanne Vorschläge zugegeben, die wir Nationalsozialisten niemals gutheißen würden. Das außenpolitische Verlangen dieses Kabinetts wird in den Schatten gestellt durch die innenpolitischen Regierungskunststücke des Ministers von Gahl. Man hat nichts dagegen unternommen, daß die SA-Männer auf das gemeinste verleumdet werden. Man hat behauptet, ihre Uniformen würden von den Geldern bezahlt, die man den Kriegshinterbliebenen und Rentnern gefürchtet habe. Immer unerschämter wird die Sprache gegen das erwachende Deutschland. Alles das heißt Herr von Gahl mit Seelenruhe an. Wir machen diesen Ministerpräsidenten verantwortlich für jeden verwundeten und getöteten SA-Kameraden. Das Kabinett nannte sich das Kabinett der nationalen Sammlung. Daraus ist ein Kabinett der nationalen Schwäche geworden. Schlimmer denn je treibt Rotmord sein Unwesen in Deutschland. Wir verlangen, daß dieses Ministerium der nationalen Ohnmacht einem Kabinett von deutschen Kämpfern Platz macht und daß Minister von Gahl von seinem Posten verschwindet.

Darauf sprach Dr. Göbbels. Neue Männer erklärten, sie hätten die Absicht, das Kooperationsverhältnis zu beenden und einen neuen politischen Kurs einzuschlagen. Wir standen von Anfang an diesem Versuch mit Mißtrauen gegenüber. Wir meinen, daß nur eine Massenbewegung mit demonstrativer Wucht überhaup noch die Fähigkeit hat, in Deutschland eine Wende herbeizuführen. Das Kabinett Papen übernahm die Brüning'sche Rotenordnung und verschärfte sie noch in sozialer Hinsicht. Das Kabinett wird nicht glauben können, daß wir Nationalsozialisten dieser rechtsfeindlichen Politik unser Jawort geben. Die Wirtschaftslage läuft weiter, aber ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ist nicht in Angriff genommen worden. Die Regierung Papen hat es nicht gewagt, in Lauanne zu erklären, daß wir nichts mehr bezahlen, weil wir nicht mehr bezahlen können und es auch nicht wollen. Wir haben genug bezahlt und wir wollen, daß Deutschland vor allem von dem Mal der Kriegsschuld freigesprochen wird. Wenn die Welt dieser Forderung Widerstand leistet, so werden wir den Versailles Vertrag für null und nichtig erklären. Man hat in Lauanne nur über Geldfragen verhandelt. Vor dieser Frage steht für uns aber die Ehre des Volkes! Ein neues Deutschland ist im Aufstehen. An uns ist das Dichtermotiv wahr geworden: Das Volk steht auf! Der Sturm bricht los! Mögen die anderen uns mit Hohn und Spott überziehen: Ihre politischen Tage sind gezählt! Hitler klopf an die Tore der Nacht und in seiner Faust vereinigen sich Millionen Bauern- und Arbeiterkräfte. Dr. Göbbels beendete seine Rede mit einem dreifachen Heil auf Hitler.

Hugenberg zum Lauanner Ergebnis
Hamburg, 11. Juli. Hugenberg erklärte einem Zeitungsvertreter, daß die Deutschnationalen in „strikte Opposition“ zur Regierung Papen treten würden, wenn sie sich auf weitere Tributzahlungen einließen. Deutschland sei zahlungsunfähig. Es müßten schon ganz große politische Zugeständnisse Frankreichs sein, die einen finanziellen Beitrag Deutschlands auf ganz weite Sicht vertretbar machen könnten. Die politischen Schulden müßten für Deutschland ein überwundenes Kapitel sein, denn viel dringender sei die Frage der privaten Schulden, über die in nächster Zeit ein Abkommen getroffen werden müsse, weil die Not Deutschlands dazu zwingt.

Die politischen Blutopfer

In Ohlau (Schlesien) wurden Nationalsozialisten, die von einer Veranstaltung in Briesg heimkehrten, wie die Polizei mitteilt, von Reichsbannerleuten angegriffen. Es entwickelte sich eine regelrechte Straßenschlacht, bei der auch Schüsse fielen. Zwei Nationalsozialisten wurden getötet, mehrere Personen schwer verletzt. Die Zahl der leichten Verletzten ist sehr erheblich. Da die Landjäger nicht ausreichte, wurde das Breslauer Ueberfallkommando alarmiert und schließlich zur Unterstützung der Polizei auch ein halber Zug Reichswehr eingeleitet, der den Ring abriegelte. Dabei wurde auch von der Reichswehr geschossen und ein Mann durch einen Oberheftenerschuß verletzt.

Zu einem heftigen Straßentamp in Eibeldadt (Unterfranken) kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei zwei Personen schwer verletzt wurden. Dem Vernehmen nach soll einer von ihnen seinen Wunden erliegen sein.

In Hagenow (Mecklenburg) kam es Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Vier Reichsbannerleute wurden schwer verletzt. Ein Reichsbannermann liegt hoffnungslos darnieder. Die SA-Leute drangen gewaltsam ins Gewerkschaftshaus ein und zertrümmerten den größten Teil des Mobiliars.

Weitere Todesopfer der sonntäglichen Zusammenstöße

Kiel, 11. Juli. Als zweites Todesopfer der Zusammenstöße vor dem Gewerkschaftshaus in Eckertsförde ist ein Mitglied des Reichsbanners seinen Verletzungen erlegen.

Dessau, 11. Juli. In Dessau ist von zehn Personen, die bei einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und der Nationalsozialisten verletzt wurden, ein Reichsbannerführer gestorben.

Breslau, 11. Juli. Bei politischen Zusammenstößen in Gnadenfrei hatte der Kommunist Henrich den Vorkriegslehrer Bernert durch zwei Messerstiche schwer verletzt. Er wurde von SA-Leuten festgenommen und in ein Zimmer eingeschlossen. Als die benachrichtigte Polizei Henrich festnehmen wollte, fanden sie ihn erhängt auf. Er hatte sich der Bestrafung durch Selbstmord entzogen.

Köln, 11. Juli. In Köln wurde ein Demonstrationszug der Nationalsozialisten von politischen Gegnern mit Bierflaschen und Blumentöpfen beworfen und mit heißem Wasser begossen. Sechs Personen wurden verletzt.

Schwere Ausschreitungen in Hagen

Hagen, 11. Juli. Nach einer Kundgebung der Nationalsozialisten auf der Ruhweide wurden die geschlossen abmarschierenden Teilnehmer und die sie begleitende Polizei beschossen. Auch im Süden der Stadt kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen ebenfalls geschossen wurde. Die Polizei erwiderte das Feuer. Insgesamt wurden etwa 20 Personen verletzt. 13 Personen wurden festgenommen.

Schwere Unruhen in Frankfurt

Frankfurt a. M., 11. Juli. Hier ist es in der Nacht zum Samstag zu Unruhen gekommen, die Polizei mußte schießen, und es gab zahlreiche Verletzte. Vor einigen Tagen hatten Kommunisten einen jungen SA-Mann in Uniform erschossen. Die Beerdigung gab der NSDAP, trotz eines polizeilichen Verbotes Veranlassung zu Kundgebungen, die zu den üblichen kleineren Zwischenfällen führten, wobei ein SA-Mann, der eine scharf geladene Waffe bei sich trug, festgenommen wurde. Abends hatten die Nationalsozialisten in Höchst eine Versammlung, zu der auch etwa 200 SA-Leute in Uniform aus Frankfurt erschienen waren. Die Kommunisten zogen nun ihre Leute zusammen, um die Frankfurter SA-Leute auf dem Heimweg abzufassen, und verbarricaderten die Riddabrücke beim Vorort Nied. Da hier die Ausfallstraße von Frankfurt nach Wiesbaden und nach dem Rhein führt, stante sich der sehr erhebliche Wagenverkehr auf beiden Seiten und als ein städtischer Kraftwagen auf die Barrikade zufuhr, wurde er von den Kommunisten mit einem Steinbombardement empfangen. Ein Ueberfallwagen der Frankfurter Schupo wurde ebenfalls bombardiert, aus einer nahen Parteiwirtschaft der Kommunisten erschien jetzt Verstärkung, die sofort das Feuer auf die Polizei eröffneten. Die Schupo schoß nun ebenfalls aus ihren Maschinenpistolen, wobei es eine große Anzahl Verletzte gegeben hat, diese wurden von den flüchtenden Kommunisten in Sicherheit gebracht. Die Polizei stürmte die Barrikade und drang in die Parteiwirtschaft ein. Ein Kommunist, der auf einen Schupo schoß, wurde sofort niedergeschossen. Er und ein anderer Kommunist wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. In der Wirtschaft sah es aus wie nach einer Schlacht. Auf dem Boden lagen eine große Anzahl Hieb- und Schießwaffen sowie ganze Haufen Steine, die als Wurfgeschosse von den Kommunisten bereitgelegt worden waren. Während ein Teil der Polizisten die Barrikade räumte und dem Verkehr freie Bahn schaffte, machte ein anderer Teil Jagd auf die flüchtigen Ruhestörer, und es gelang noch drei Kommunisten festzunehmen. Bis nach Mitternacht hallten die Straßen von Nied und teilweise auch von Höchst von wüstem Geschrei wider, so daß für die nationalsozialistischen Versammlungs Teilnehmer eine Gefahr noch lange nicht behoben war. Nach Mitternacht wurden dann die Nationalsozialisten unter polizeilichem Schutz nach Frankfurt zurückgeleitet. Die Frankfurter Polizei, die in den letzten Tagen Ruhe und Zurückhaltung bewahrt hat, wird auf Grund dieser Vorkommnisse nun mit aller Schärfe vorgehen, um die Ruhe und Sicherheit der Großstadt zu gewährleisten.

Hochwasserchäden in Oberbayern

München, 11. Juli. Am Rosenheim hat in der Nacht zum Sonntag durch die starken Regengüsse der letzten Tage hervorgerufenen Hochwasser zum Teil beträchtliche Berggrutsche und Unterwühlungen verursacht. Rache Langenpfunzen erfolgte ein großer Berggrutsch, und zwar unterhalb des Berges Junghang. Ein Häuschen wurde fast weggerissen. Einer der Zündämme verhindert den Abfluß des Hochwassers, so daß sich ein riesiger Stausee bildete, der den Damm unterspült. Mehrere tausend Kubikmeter Erdbraun sind ins Rutschen geraten und haben ein großes Gut zum Teil verschlammt und überflutet.

Das Hochwasser der Bertaach

Augsburg, 11. Juli. Das katastrophale Hochwasser der Bertaach hat auch in Göggingen und Jünningen großes Unheil angerichtet. Weite Strecken des Landes stehen unter Wasser. In Göggingen schieben die Wassermassen durch die Straße, so daß ein Gassieren des Ortes teilweise unmöglich ist. Die an Feldern und Gärten angerichteten Schäden sind außerordentlich groß.

In Kaufbeuren stand die Nechanische Spinnerei und Weberei vollständig unter Wasser. Sonntag gegen Mittag wurde von der Stadtfartische Sturm geläutet, da ein Teil des Wehres von den Fluten fortgerissen worden war. Durch Errichtung von Notschußdämmen konnte ein weiteres Einbrechen des Wehres verhindert werden. Die Bahndämme der Eisenbahnlinien Kaufbeuren-Jüssen und Kaufbeuren-Lechbrunn sind unterspült, der Verkehr mußte teilweise unterbrochen werden.

Neues vom Tage

Die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 11. Juli. Der Generalsekretär des Völkerbundes ist vom Generalsekretär der Lauanner Konferenz gebeten worden, die erforderlichen Schritte zu der Einberufung einer Wirtschafts- und Währungskonferenz zu tun. Die Einberufung der Konferenz, deren Vorbereitung hauptsächlich in den Händen des Völkerbundssekretariats liegen würde, soll in einer Sitzung des Völkerbundsrates, die bis jetzt noch nicht anberaumt worden ist, erfolgen.

Teilnahme der B33. an der Weltwirtschaftskonferenz

Sasel, 11. Juli. In der heutigen Verwaltungsratsitzung der B33 wurde eine Einladung zur Teilnahme an dem Finanzkomitee der Weltwirtschaftskonferenz und zur Entsendung von zwei Vertretern der B33 angenommen. Die beiden Persönlichkeiten werden vom Präsidenten des Verwaltungsrates noch bestimmt werden. Als voraussichtlicher Termin der nächsten Verwaltungsratsitzung ist der 19. September festgelegt worden.

Ueberwachungsausschuß am 22. Juli

Berlin, 11. Juli. Reichstagspräsident Lohse hat am Montag an den Abgeordneten Straßer, den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, ein Schreiben gerichtet, in dem er davon Mitteilung macht, daß er jetzt das älteste Mitglied des Ausschusses erucht habe, den Ausschuß einzuberufen. Das älteste Mitglied ist der sozialdemokratische Abgeordnete Heiman, der den Ueberwachungsausschuß für Freitag, den 22. Juli, einberufen hat. Auf die Tagesordnung ist auch noch ein Antrag Pfligers (Bayerische Volkspartei) gesetzt worden, den bisherigen Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses abzuberufen und einen neuen Vorsitzenden zu wählen.

Die Sozialdemokraten beim Reichsinnenminister

Berlin, 11. Juli. Im Hinblick auf die vielen blutigen Zusammenstöße, die sich namentlich am Sonntag in allen Teilen des Reiches ereignet haben, u. a. aber auch die Vorgänge in Hagenow und Eckertsförde, wo die dortigen Gewerkschaftsküster von Nationalsozialisten angegriffen worden sind, hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei den Reichsinnenminister Freiherrn von Gahl für Dienstag um eine Aussprache erucht.

Kandidatenliste der Deutschen Nationalen Volkspartei in Baden

Karlsruhe, 11. Juli. Die Deutschnationalen Volkspartei gibt die Kandidaten zur Reichstagswahl im 32. Wahlkreis Baden bekannt: 1. Dr. Alfred Hannemann, Landgerichtsdirektor, Heidelberg; 2. Heinrich Wabla, Fabrikant, Pforzheim; 3. Friedrich Jenne, Landwirt und Gemeinderat, Eichtersheim.

Motorradfahrer fahren in eine Radfahrergruppe

Landau, 11. Juli. In eine auf das SA-Treffen in Neustadt mit Fahrrädern fahrende Jugendgruppe der Nationalsozialisten fuhren auf der Staatsstraße zwischen Impflingen-Landau zwei Motorräder, von denen das eine die Radfahrergruppe links überholen wollte und dabei auf ein entgegenkommendes Motorrad, das in ungekehrter Richtung kam und dessen Sicht durch die Radfahrer verdeckt war, aufzufuhr. Beide Motorräder stießen innerhalb der Radfahrergruppe derart zusammen, daß beide Fahrer zertrümmert wurden. Bei dem Unglück land der Fahrer des überholenden Motorrads, der Kaufmann Martin Döhrer aus Dreißel, sofort den Tod. Sein Soziusfahrer Kern aus Impflingen wurde am Arm schwer verletzt, während der entgegenkommende Fahrer, Kunstmaler Barth aus Bad Dürkheim, schwere Kopf- und Quetschungen erlitt.

Verbot einer nationalsozialistischen Wahlversammlung

Bremen, 11. Juli. Die NSDAP Bremen hatte für morgen abend eine Wahlversammlung einberufen, in der der ehemalige Kommunistenführer Stefan Ehn aus Steyer (Ostpreußen), der jetzt der NSDAP angehört, sprechen sollte. Unter Hinweis auf die am 1. Juli in der Gröpelinger Vorstadt erfolgten schweren Zusammenstöße hat die Polizeidirektion förmliche Verfassungen der NSDAP in der westlichen Vorstadt verboten.

Die gestern verhafteten sieben Kommunisten, die Sprengstoffanschläge auf die in ihre Heimat zurückkehrenden SA-Leute unternahmen wollten, haben in der polizeilichen Vernehmung zum größten Teil Geständnisse abgelegt. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Kommunisten planmäßig vorgehen wollten. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

15 Gebäude eingeküchert

Stolz, 11. Juli. Durch Rinder, die mit Streichhölzern spielten, wurden in dem Dorf Birzengün, Kreis Stolz, vier Gehöfte mit 15 Gebäuden eingeküchert. Neben Erntevorräten, Maschinen verbrannten mehrere Schweine und Geflügel. Das Großvieh konnte gerettet werden.



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 12. Juli 1932.

Salzsteuer. Nach einer Mitteilung des Landesfinanzamts Stuttgart gilt über die am 16. Juli d. J. in Kraft tretende Salzsteuer folgendes: Auch dasjenige Salz, das sich am 16. Juli d. J. außerhalb der Salzwerke im freien Verkehr befindet, unterliegt einer Steuer (Nachsteuer) von 12 Pf. für 1 Kilogramm. Dieses Salz ist beim Zollamt von dem, der es am 16. Juli d. J. im Besitz oder Gewahrsam hat, bis spätestens 23. Juli d. J. anzumelden. Salz, das sich am 16. Juli unterwegs befindet, ist vom Empfänger anzumelden, sobald es in seinen Besitz gelangt. Vordrucke für die Anmeldungen sind bei den Zollstellen voraussichtlich etwa vom 15. Juli an erhältlich. Zu beachten ist, daß auch Salz, das zu landwirtschaftlichen oder gewerblichen Zwecken bestimmt ist, angemeldet werden muß. Dieses bleibt jedoch in der Regel nach suorierter Denaturierung (Bergalluna) steuerfrei. Von der Anmeldung zur Salznachsteuer befreit sind nur Salzhandler, die nicht mehr als vier Zentner, und andere Personen, also Bräutausstellungen, Gastwirtschaften, Kantinen, industrielle Betriebe usw., die nicht mehr als 1 Zentner Salz im Besitz oder Gewahrsam haben. Anträge auf Bewilligung eines Ausfuhrablasses können sofort beim Hauptzollamt gestellt werden.

Erste Hilfe bei Insektenstichen. Der Sommer mit seinen Stacheln und Fliegen aller Art, mit Hornissen und Wespen, Hummeln und Bienen, ist die Zeit der gefährlichen Insektenstiche. Die Stichstelle und ihre Umgebung rötet sich, beginnt stark zu jucken, eitert bisweilen und kann zu Blutvergiftung führen. Wird man von einem Insekt gestochen, so ist daher rasche Hilfe nötig. Schmerzmildernd wirkt ein sofort vorzunehmender Umschlag mit recht kaltem, reinem Wasser oder Spiritus. Sehr zu empfehlen ist auch das Abwischen des Stiches mit Salmiatgeist. Wenn alles fehlt, so leistet das Auflegen feuchter Lehmklümpchen, ein seit altersher angewandtes Bauernmittel, erste Hilfe. Wird man von einem besonders gefährlichen Insekt, z. B. von einer Hornisse, gestochen, und ist Blutvergiftung zu befürchten, so sind zerquetschte Epigwegerichblätter ein vorzügliches Hausmittel.

Balkonaufstiege. Die nächsten unbemannten Ballonaufstiege zu meteorologischen Forschungen finden am 13., 14., 17. und 28. Juli und am 10., 11., 24. und 25. August dieses Jahres statt. Die Finder werden gebeten, die Ballone und das Gerät nach der daran befindlichen Anleitung zu behandeln. — In Zweifelsfällen wende man sich an die nächste Ortspolizeibehörde oder an die zuständige Landeswetterwarte (für Württemberg nach Stuttgart, Büchsenstraße 56, 3. Stod, Fernruf 23977). — Zur Vermeidung von unnötigen Anfragen sei bemerkt, daß die wissenschaftlichen Ballone aus Gummi (nicht aus Papier!) bestehen und mindestens einige Hundert Gramm wiegen.

Berneck, 12. Juli. (Straßen-Einbruch) Gestern abend partte ein schwer beladenes Lastauto vom Bezirk am Gasthaus „Zur Traube“. Mithin gab die Straßendecke, unter der ein Kanal liegt, nach und das Lastauto sank mit einem Hinterrad ein, so daß es mit Winden herausgehoben werden mußte. Das Auto litt keinen Schaden, wogegen der Schaden an der frisch geteerten Straße nicht unerheblich sein dürfte.

Calw, 11. Juli. Die Erweiterung des Wasserwerks ist infolge der Ausschaltung des Wurfbrunnens in der Vorstadt, der Vermehrung der Wohnhäuser und Gärten in den Höhenlagen zu einer Notwendigkeit geworden. Die Einbeziehung einer Quelle aus dem Hau zwischen Calw und Althengstett mußte wegen ungenügender Wassermenge fallen gelassen werden. Da ein Anschluß an die Schwarzwaldwasserleitungsgruppe gegenwärtig nicht möglich ist, so mußte auf die Krentheimer Quelle zurückgegriffen werden. Diese Quelle ist sehr ergiebig, jedoch muß das Wasser in einen Höhenbehälter gepumpt werden. Schon längere Zeit arbeitet man an einem Stollen, der bis gegen 100 Meter in den Berg hineingeritten wurde. Die Bohrarbeiten sind jetzt bereits soweit vorgeschritten, daß voraussichtlich noch diesen Winter die Quelle gefaßt werden kann.

Wildbad, 11. Juli. Bei strahlendem Sonnenschein wurde am Sonntagvormittag zur Eröffnung des ersten Bauteils der Replerwarte auf dem Sommerberg eine schlichte Feier vor dem neuerstandenen Gebäude abgehalten. Zur Feier waren die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und der staatlichen Badverwaltung sowie geladene Gäste, die Mitglieder des Replervereins, die Bürger der Stadt Wildbad und viele Kurgäste erschienen. Nach dem Gesang „Das ist der Tag des Herrn“, vorgetragen vom Liederkreis Wildbad, schilderte Dr. Paul Kohnagel, der erste geschäftsführende Vorsitzende des Replervereins und Leiter der neuen Sternwarte, den Sinn und Zweck des neuen Wertes. Zur Erinnerung an den vor 350 Jahren in Weidensfeldt geborenen großen deutschen Sternkundigen soll das neue Gebäude ein Repler-Museum sein, das in einer Höhe von 750 Meter gelegen, die höchste Sternwarte Deutschlands und das einzige derartige staatliche Institut Württembergs ist. Die Warte ist nicht nur für Nacht-, sondern auch für Tagdienst eingerichtet und dient auch als Sonnenwarte und zur Wetterbeobachtung. Sie hat ferner Räume für eine Erdbebenstation. Der Ostflügel ist noch nicht erbaut. Die Stadt Wildbad hat durch die Erbauung der Sternwarte einen reichen Zuwachs zu ihren sonstigen Sehenswürdigkeiten erhalten.

Gräfenhausen, D.A. Neuenbürg, 11. Juli. (Brandfall.) In vergangener Nacht etwa um 11.45 Uhr ertönte Feueralarm im Ort. Die Doppelpfeuer des Mechanikers Fritz Hahn und des Schreiners Ernst Keller stand in Flammen. Da die hiesige Feuerwehr rasch eintrifft und auch die Weidensfeldt von Neuenbürg zur Stelle war, konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden. Angeblich liegt Brandstiftung vor, genau wie vor kurzem bei dem Brand in der Nachbargemeinde Oberhausen.

Schwenningen a. N., 8. Juli. Ein bezeichnender Fall von Bettlerfrechheit hat sich hier ereignet. Einer

alten Bettlerin wurde von einer Hausfrau 1 Pfund Mehl gereicht. Als die Geberin später den Vorgarten betrat, fand sie das Mehl im Garten ausgestreut.

Neuhingen, D.A. Urach, 11. Juli. Ein hiesiger 18jähriger Mann begegnete am Donnerstagfrüh einem andern jungen Mann von Riedersheim, der sich auf seinem Rad nach seiner Arbeitsstätte in Neuhingen begeben wollte. Ersterer forderte den Radfahrer, der Mitglied der RSDAP ist, auf, seinen am Rad befestigten, in den alten Reichsfarben gehaltenen Wimpel zu entfernen. Da letzterer der Aufforderung nicht nachkam, stach der Täter ohne weiteren Anlaß mit einem kleinen, feststehenden Messer nach dem Radfahrer. Dieser wehrte den zweifellos gegen die Brust gerichteten Stich mit seiner Fahrradpumpe ab und erhielt dabei am linken Handgelenk eine Verletzung. Der Messerheld ist in Haft genommen.

Neuhingen, 10. Juli. Im Anschluß an eine Kundgebung der „Eisernen Front“ auf dem Marktplatz kam es nach Abmarsch des Zuges zwischen dem auf dem Platz verbleibenden Publikum und der Polizei zu einem Zusammenstoß. Da der Aufforderung der Polizei, den Platz zu verlassen, nicht Folge geleistet wurde, im Gegenteil die Polizei mit großem Gejohre empfangen wurde, ließ die Polizei nach dreimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, den Platz räumen. Zu irgendwelchen Zusammenstößen kam es dann nicht mehr.

Kojensfeld D.A. Sulz, 11. Juli. (Koch nie dagewe.) Bei dem Schweinemarkt am Donnerstag wurde nicht ein einziges Stück zugeführt und die vielen Kauflustigen mußten leer abgehen. Sonst sind diese Märkte (jeden Donnerstag) immer sehr lebhaft und gut besetzt.

Neuhingen, 11. Juli. (Vom Zug überfahren.) Am Sonntag früh wurde an der Bahnlinie Tübingen-Neuhingen die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Der Tote wurde in der Perion des 21 Jahre alten Fabrikarbeiters Adolf Dögel aus Neuhingen festgestellt, der von dem letzten aus Tübingen kommenden Personenzug etwa 40 Meter geschleift und hierbei so schwer verletzt wurde, daß wohl der Tod auf der Stelle eintrat. Nach dem bisherigen Ergebnis der alsbald eingeleiteten Ermittlungen liegt Anfall oder Selbstmord vor.

Stuttgart, 12. 7. (Inventurverkäufe.) Die Handelskammer Stuttgart macht in einem Rundschreiben auf die mahgebenden Bestimmungen der Saisonschluss- und Inventurverkäufe aufmerksam. Saisonschlussverkäufe dürfen in Groß-Stuttgart nur innerhalb des Zeitraums von 15 Tagen vom dritten Samstag des Juli ab stattfinden. Innerhalb Württembergs gelten die gleichen Vorschriften; nur dauern die Ausverkäufe auf dem Lande vier Wochen.

Musberg D.A. Stuttgart, 11. Juli. (Ortsvorsteherwahl.) Bei der Ortsvorsteherwahl wurde der seitherige Bürgermeister Gustav Egler mit 554 von 561 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. 7 Stimmen waren ungültig.

Ludwigsburg, 11. Juli. (Reitturnier.) Auf dem Turnierplatz bei Schloß Monrepos wurde gestern bei idealem Wetter und Massenbesuch ein Reitturnier durchgeführt. Reiter und Pferde zeigten glänzende Leistungen. Beim Patrouillenpringen der Reichswehr kam es zu einigen Stürzen. Großen Anlauf fanden die Schauummern.

Ludwigsburg, 11. Juli. (25 Jahre Heilbad Hohenes.) Am Donnerstag, 14. Juli, kann das Heilbad Hohenes sein 25jähriges Bestehen feiern. Die Stadtverwaltung Ludwigsburg will durch eine einfache Feier dieses Tages gedenken.

Tamm D.A. Ludwigsburg, 11. Juli. (Motorradaunglück.) Zwei Bierfuhrwerke der Brauerei Leicht fuhrten ordnungsgemäß beleuchtet nach Ludwigsburg, als ein Motorradfahrer mit Beifahrer ebenfalls in der Richtung Tamm-Hohenstange fuhr. Auf noch nicht aufgeklärte Weise kürzten die beiden Fahrer und zwar mit solcher Wucht, daß sie etwa zwölf Meter auseinander liegend aufgefunden wurden. Der 20jährige Eduard Müller, Sohn des früheren Kronenwirts in Asperg, war sofort tot, während der 23jährige Beifahrer Hans Wittler mit einem Schädelbruch in sehr bedenklichem Zustande in das Bezirkskrankenhaus Ludwigsburg eingeliefert wurde. Es wird vermutet, daß die Fahrer das Bierfuhrwerk erst im letzten Augenblick bemerkten und durch allzu schnelles Abbremsen verunglückten.

Haberhschlacht D.A. Bradenheim, 11. Juli. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestrigen Ortsvorsteherwahl erhielt Verwaltungspraktikant Frey von Stuttgart 110 und der seitherige Stelleninhaber, Bürgermeister Würz, 107 Stimmen. 3 Stimmen waren ungültig. Ersterer ist somit mit 3 Stimmen Mehrheit gewählt.

Heilbronn, 11. Juli. (Verhaftet.) Der flüchtig gegangene Bankier Walter Meyer wurde in Osterburken im Berliner Schnellzug festgenommen und nach Heilbronn in das Polizeigefängnis eingeliefert. Die Vernehmungen führten inzwischen zur Festnahme des Prokuristen der Firma Eugen Brettenbacher wegen Verdacht der Mittäterschaft.

Mühlhausen D.A. Tuttlingen, 11. Juli. (Brand.) In der Sonntag nacht brach in der Scheune des Gasthauses zur Traube Feuer aus. Im Nu war das ganze Anwesen in Flammen gehüllt, so daß sich die Bewohner nur mit knappen Mühe retten konnten. Mobiliar und alles übrige ist dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Brandursache ist noch nicht bekannt.

Schwanishausen D.A. Laupheim, 11. Juli. (Brand.) In der Nacht auf Sonntag brannte das Anwesen des Bauernmeisters Kuhn hier vollständig nieder. Der Brand soll von der etwas geistig beschränkten Tochter gelegt worden sein.

Gmünd, 11. Juli. (Vom Schnellzug überfahren.) Am Samstag früh wurde an der Bahnstrecke Gmünd-Aalen ein hiesiger 18 Jahre alter Silberarbeiter tot aufgefunden. Er hat sich vom Schnellzug überfahren lassen.

Siberach, 11. Juli. (Uberschwemmungen — Hochwasser.) Infolge der außerordentlich starken Regengüsse kam es in verschiedenen Bezirksorten zu großen Überschwemmungen, so in Barthausen, Ammendorf, Ochsenhausen, Guttenzell. Die Aß ist an vielen Stellen über die Ufer getreten und überflutete die Weiden. In Barthausen hatten Baddeboote einen Pendelverkehr zur Beförderung der Kirchgänger eingesetzt. Durch die Wassermassen wurden die Straßen schwer beschädigt. In Ochsenhausen wurde der Marktplatz überschwemmt und der Bahnhof der Nebenbahn in einer Breite von 7 Meter unterpült. Die Gleise hingen in der Luft.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Erleichterung der amerikanischen Einwanderungsbestimmungen. Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd teilen mit, daß nach einem joesben eingegangenen Kabel der Präsident der Vereinigten Staaten einen Gelehrtenwurf unterzeichnet hat, wonach Angestellten deutscher Firmen, die auf Grund des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages Handel mit den Vereinigten Staaten treiben, die Einreise- und Aufenthaltserlaubnis wesentlich erleichtert wird. Nähere Einzelheiten erfährt man bei dem Norddeutschen Lloyd, Bremen, und der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg, sowie bei ihren Vertretungen.

Sprengkörperunglück in Bremen. Am Sonntag traf eine Polizeistreife im Bremer Stadtteil Gramce auf einige Kommunisten. Sechs von diesen wurden festgenommen. Bei einem von ihnen wurde ein Sprengkörper vorgefunden. Der Sprengkörper explodierte plötzlich, wobei ein Polizeibeamter getötet wurde. Ein zweiter Beamter erlitt eine Beinverletzung.

Australischer Küstendampfer gesunken. Der Küstendampfer „Cassio“ ist während eines Landungsmanövers bei schwerer See auf Grund gelaufen und gesunken. Dabei sind zehn Personen, darunter der Kapitän und sieben Mann der Besatzung, ums Leben gekommen. Zwei Passagiere wurden gerettet.

Der Berliner Bankdirektor Seiffert in Prag verhaftet. In Prag wurde der Berliner Bankdirektor Willi Seiffert, der Direktor der Bank für Handel und Grundbesitz, verhaftet, der von der Berliner Polizei bereits längere Zeit wegen Bilanzfälschungen verfolgt wurde.

Wiener Professor aus dem Leben geschieden. Unverkündeter Professor Dr. Friedrich Bierhapper, ein hervorragender Botaniker von internationalem Ruf, ist wegen einer unheilbaren Krankheit freiwillig aus dem Leben geschieden.

Aus dem Gerichtssaal

Amtsunterdrückung

Kottenburg, 11. Juli. Der 40 Jahre alte Obersteuersekretär Wilhelm Keim hat bis Mitte Januar 1932 aus der Kasse des Finanzamts Kottenburg nach und nach Geldbeträge zwischen 80 bis 150 RM. entnommen, um sie für sich zu verwenden. Im Girokontogegenbuch wußte er durch Falschmeldungen die Fehlbeträge zu verschleiern. Weil der Schaden gedeckt wurde, wurde von einem Antrag auf Zuchthausstrafe abgesehen und auf sechs Monate Gefängnis wegen eines Verbrechen der erschweren Amtsunterdrückung erkannt.

Berurteilter Stadtrat

Ebingen, 11. Juli. Vor dem erweiterten Schöffengericht Ebingen hatte sich der Stadtrat Reinhold Gonser von Ebingen wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Als verantwortlicher Redakteur der periodischen Druckschrift „Die rote Bombe“ veröffentlichte der Beschuldigte einen Artikel mit der Ueberschrift: „In den Tod geht es von der Polizei“. Der Angeklagte wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu der Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt.

Rundfunk

Mittwoch, 13. Juli: 6 Uhr Genußstift, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15 Uhr Rinderstunde, 17 Uhr Zeitungsdiens der Deutschen Reichspost, 16.30 Uhr Vortrag: Entbedungsarbeiten an der afrikanischen Küste in alter Zeit, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, 18.30 Uhr Vortrag: „Balsac“, 18.55 Uhr Zeit, 19 Uhr Schrammelmusik, 19.30 Uhr Domosjel-Konzert, 20 hr Belleas und Weißbunde, Musikdrama, 22 Uhr Schauturnen, 22.20 Uhr Zeitbericht: „Die Prohibition in USA“, 23 Uhr Wetter.

Handel und Verkehr

Börsen

Berliner Böse. Die Umsatztätigkeit im Bereich zu den Vortagen war wesentlich geringer, was zum Teil mit der Erhöhung des Auslandsarbitragegeschäfts zusammenhängen dürfte. Die Kursstabilität trat heute eher als Abheber auf und zeigte nicht einmal mehr größeres Interesse für festverzinsliche Werte. Auch an diesem Markt konnten daher die höheren nordbröslischen Taren später nicht gehalten werden, zumal bekannt wurde, daß an der heutigen Londoner Börse erstmals nach dem Abbruch in Lausanne deutsche Werte ebenfalls wieder schwächer tendierten. So zeigten an den Aktienmärkten die ersten Kurse nur selten stärkere Abweichungen. Am Geldmarkt wurde Tagesgeld etwas niedriger bis zu 5,25 Prozent an der unteren Grenze genannt, wobei die Hoffnungen auf eine baldige Diskontsenkung des Reichsbankrates, vielleicht sogar um ein volles Prozent, mitsprachen.

Märkte

Berliner Produktionsböse vom 11. Juli. Weizen märz. 240 bis 242; Roggen märz. 183—185; Futter- und Industrieerze 195—170; Hafer märz. 158—162; Weizenmehl prompt 36,50 bis 34,25; Roggenmehl 70 Prozent prompt 25,80—27,40; Weizenmehl 10,75—11; Roggenmehl 10—10,50; Viktorierbieren 17—23; fl. Speisebieren 21—24; Futtererbsen 15—19; Weisbieren 16—18; Ackerbohnen 15—17; Weiden 16—18; Lupinen blaue 10,50—11,50; dito gelbe 15—16,50; Weisbieren 10,40—10,70; Erdweizenmehl 11 bis 11,20; Erdweizenmehl 11,20—11,40; Trockenäpfel 9 bis 9,20; extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,00, dito, ab Stettin 11,30—11,50.



